

Wetterauer Bündnis für Soziale Gerechtigkeit

Wetterauer Erklärung für mehr Soziale Gerechtigkeit

Das Wetterauer Bündnis für Soziale Gerechtigkeit ist ein Zusammenschluss von Akteuren aus Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Institutionen und Vereinen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, sich gemeinsam für eine sozial gerechtere Gesellschaft und gegen Armut und Ausgrenzung stark zu machen.

Mit großer Sorge nehmen wir wahr, dass inmitten von immer mehr materiellem Reichtum Sozialleistungen von politisch Verantwortlichen mit dem Verweis auf deren „Freiwilligkeit“ abgebaut werden. Damit werden die Teilhabechancen von Menschen, die in Armut leben, mehr und mehr erschwert. „Eigenverantwortung“ im Sinne materieller Vorsorge wird vielfach auch denen abverlangt, die dazu aufgrund ihrer Einkommenssituation längst nicht mehr in der Lage sind. Kinder, Jugendliche und Frauen sind von Armut überproportional betroffen – auch in unserem Kreis. Insbesondere dann, wenn sie in Familien mit alleinerziehendem Elternteil oder mit Migrationshintergrund leben. Aber auch der Anteil der älteren Menschen, die von ihren Rentenansprüchen nicht mehr leben können, nimmt stetig zu, nicht zuletzt weil auf dem Arbeitsmarkt immer mehr prekäre Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht beständig weiter auseinander. Armut zu beseitigen ist eine Frage der Gerechtigkeit. Jedoch nimmt der Staat seine Aufgabe, Verteilungsgerechtigkeit herzustellen, schon lange nicht mehr wahr.

Eine gerechte Gesellschaft braucht Solidarität und ein starkes Gemeinwohl. Gerechtigkeit ist für uns die Grundlage für gelingendes Zusammenleben einer Gesellschaft in Frieden. Wir sehen in der wachsenden sozialen Ungerechtigkeit eine Gefahr für die Demokratie.

Aus den unterschiedlichen Problemen und Ansätzen ergeben sich verschiedene Aktionsformen. Wir haben als Bündnis ein gemeinsames Ziel, das wir nicht nur mit gemeinsamen Aktionen, sondern auch auf unterschiedlichen Wegen erreichen wollen.

Bei aller Unterschiedlichkeit werden wir uns gegenseitig respektieren und den Widerstand gegen soziale Ungerechtigkeit gemeinsam und solidarisch gestalten - gewaltlos, aber konsequent. Antidemokratische Bestrebungen und menschenverachtendes Gedankengut haben in unserem Bündnis keinen Platz.

Wir wollen gemeinsam:

- Stimme sein für die, die am „unteren“ Rande der Gesellschaft stehen
- Ideen entwickeln, die Verarmung vermeiden (Prävention)
- die Verteilung von Arm und Reich in der Region beleuchten
- Menschen und Organisationen zu sozialem Engagement motivieren
- Aktionen durchführen, die die öffentliche Diskussion fördern

Wir fordern eine Politik:

- die der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet ist
- die den Schwerpunkt auf die Beseitigung von Armut legt und durch Verbesserung der sozialen Infrastruktur Armut und Ausgrenzung entgegen wirkt.
- die für die gerechtere Verteilung von Vermögen sorgt
- die Bildung und Gesundheit unabhängig von der Einkommenslage garantiert
- die für ausreichend bezahlbaren Wohnraum sorgt